

Interview mit Pierre Werner in Schweizer Wirtschafts Revue (April 1971)

Legende: Im April 1971 gibt Pierre Werner, luxemburgischer Staatsminister, Regierungspräsident und Vorsitzender des Werner-Ausschusses, der Schweizer Monatszeitschrift Wirtschafts Revue ein Interview, in dem er die Zukunft der europäischen Währungspolitik analysiert.

Quelle: Archives familiales Pierre Werner, Luxembourg.
Schweizer Wirtschafts Revue. April 1971, Nr. 4. [s.l.].

Urheberrecht: (c) Schweizer Wirtschafts Revue

URL: http://www.cvce.eu/obj/interview_mit_pierre_werner_in_schweizer_wirtschafts_revue_april_1971-de-fb95c25c-2341-4fcf-849c-da6b4af4d26b.html

Publication date: 05/11/2012

Interview



Dr. Pierre Werner,
luxemburgischer
Regierungspräsident
und Vorsitzender
der Arbeitsgruppe
Währungsfragen
der Europäischen
Gemeinschaft

Herr Regierungspräsident, der nach Ihnen benannte Stufenplan zur Schaffung einer europäischen Währungsunion soll gemäss kürzlichem Beschluss des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaft verwirklicht werden. Haben somit alle sechs Länder das von Ihrer Arbeitsgruppe gesteckte Ziel anerkannt?

Der EWG-Ministerrat ist in gewissen Punkten vom ursprünglichen Plan der Arbeitsgruppe abgewichen, insbesondere was den Ablauf des Planes und die Schaffung neuer Institutionen betrifft. Aber die Substanz ist gewahrt worden. Das Endziel wird in der Resolution, die der Ministerrat am 9. Februar 1971 in Brüssel einstimmig verabschiedete, genau definiert. Darin wird der politische Wille der sechs Regierungen, bis in zehn Jahren eine Wirtschafts- und Währungsunion zu erreichen, bestätigt.

Welche wichtigsten Abstriche hat der Ministerrat am ersten Resolutionsentwurf Ihrer Arbeitsgruppe vorgenommen?

Die erste Etappe (1971—1973) entspricht in bezug auf die Ziele im grossen ganzen den ursprünglichen Vorschlägen der Arbeitsgruppe, auch wenn der Ministerrat z. B. bei der Liberalisierung der Kapitalmärkte etwas weniger weit zu gehen bereit war. Der Hauptunterschied betrifft die Institutionen. Die Arbeitsgruppe hatte die Meinung vertreten, dass die

notwendig werdenden Änderungen am Römer Vertrag für den Ausbau der Organe, die sich später als notwendig erweisen könnten, schon während der ersten Etappe hätten untersucht und vorbereitet werden sollen. Es ist in dieser Hinsicht ein tragbarer Kompromiss erzielt worden, der ein pragmatisches Vorgehen erlaubt. In jedem Fall wird nach drei Jahren eine Bestandsaufnahme der gemachten Erfahrungen erfolgen.

Im Beschluss des Rates ist aber gemäss unserem Antrag festgehalten worden, dass gewisse Verantwortungen, die heute bei nationalen Instanzen liegen, gemäss dem — auch den Schweizern teuren — Subsidiaritätsprinzip auf Gemeinschaftsebene übertragen werden sollen.

Da ein Teil der Entscheidungen, im Gegensatz zum Projekt der Arbeitsgruppe, erst am Ende der dritten Stufe gefällt werden sollen, mag es den Anschein haben, dass besonders die politische Verpflichtung, den Gleichschritt zwischen wirtschaftlicher und monetärer Entwicklung herzustellen, nicht definitiv sei. Aber die Verpflichtung besteht, auch wenn die ersten auf dem Gebiet der Währungen zu treffenden Massnahmen vorerst auf 5 Jahre beschränkt sind. Ihre Weiterführung wird von dem Moment an gewährleistet sein, wo sich die Gemeinschaft über die Bedingungen für den Übergang zur zweiten Etappe einig wird.

Die erste Etappe bringt also noch kaum definitive juristische Verpflichtungen für die sechs Länder mit sich?

Nein, dem Buchstaben nach nicht. Aber was den Mitgliedstaaten hinsichtlich der Koordinierung der Wirtschafts-, Kredit- und Haushaltspolitik sowie der Öffnung der Kapitalmärkte schon in der ersten Etappe abverlangt wird, bringt doch bereits recht weitgehende moralische und politische Verpflichtungen mit sich.

Aus diesem Grund haben wir das Prinzip der Unwiderruflichkeit immer wieder betont, weil die Regierungen gewisse Opfer und Beschränkungen ihrer Handelsfreiheit nur auf sich nehmen, wenn das Endziel nicht wieder in Frage gestellt werden kann. Wenn man die erste Etappe eine pragmatische, eine Experimentierphase genannt hat, so heisst das nicht, dass die zu treffenden Massnahmen dem Zufall überlassen sein werden. Im Gegenteil werden sie dem angestrebten Ziel untergeordnet sein und mehr bedeuten, als nur ein kurzes Techtelmechtel.

Wie verhält sich der «Werner-Plan» zu älteren Projekten, wie z. B. den Vorschlägen von Professor Triffin?

Der Triffin-Plan sah noch keine Zusammenlegung der Währungen vor, sondern bloss die monetäre Zusammenarbeit, u. a. mit Hilfe eines europäischen Reservefonds, wie auch ich ihn seinerzeit in Betracht gezogen hatte. Die Arbeiten unserer Gruppe haben jedoch klar gemacht, dass im Währungssektor kein Stückwerk getan werden darf, sondern dass man den eingeschlagenen Weg bis ans

Ende gehen muss. Aus diesem Grund war es mir wichtig, dass ein Reservefonds — wir nennen ihn Europäischen Fonds für monetäre Zusammenarbeit — schon frühzeitig in Funktion tritt; er ist dazu bestimmt, schliesslich zum europäischen Reservefonds zu werden. Bei der Ausarbeitung des provisorischen Berichtes der Arbeitsgruppe war die unverzügliche Errichtung eines europäischen Stabilisierungsfonds beantragt worden. Gemäss Ratsbeschluss soll der Fonds für monetäre Zusammenarbeit auf der zweiten Stufe verwirklicht werden; die Gründung kann aber vorverlegt werden, wenn wir auf der ersten Stufe genügend rasch vorankommen.

Sind Wechselkursänderungen einer oder mehrerer Währungen von EG-Mitgliedstaaten immer noch möglich?

Änderungen sind solange möglich, als die Paritäten innerhalb der Gemeinschaft nicht unwiderruflich fixiert sein werden, und dies ist erst für die Endphase, d. h. in etwa zehn Jahren vorgesehen.

Sollten sich Paritätsänderungen aufdrängen, so wäre es indessen unbedingt erwünscht, dass dies erst nach intensiven Konsultationen unter den Mitgliedstaaten und weniger nach nationalen, als nach gemeinschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt. Selbstverständlich müssten allfällige Korrekturen auf ein Minimum beschränkt werden.

Besteht nicht die Gefahr, dass die amerikanische Politik des verstärkten Budget- und somit Zahlungsbilanzdefizits in Europa Währungsstörungen hervorruft und Wechselkurskorrekturen nötig machen könnte?

Das amerikanische Defizit hinterlässt auch in Europa Spuren, wie wir dies seit mehreren Jahren erleben, z. B. auf dem Eurodollarmarkt.

Die Europäische Gemeinschaft wird sich in monetärer Hinsicht mehr und mehr von Drittländern unterscheiden. Andererseits wird die Errichtung eines europäischen Währungspools nicht ohne Auswirkungen

auf das internationale Zahlungssystem bleiben. Aber es geht nicht darum, den Dollar zu bekriegen. Vielmehr wird es auch im Interesse der USA liegen, die Lasten und Gefahren, die eine Reservewährung mit sich bringt, mit Europa zu teilen. Andererseits wird Europa währungspolitisch zu einem «interlocuteur valable» aufzurücken und seinen Beitrag an ein geordnetes internationales Zahlungswesen leisten können.

Bis die Europa-Währung geboren ist, wird es aber noch Jahre dauern. Soll unser Kontinent die neuen Inflationsstösse, welche die Defizite der USA auslösen werden, einfach hinnehmen? Oder würden Sie eine gemeinsame Aufwertung mindestens der starken Währungen als Abwehrmassnahme befürworten?

Zu diesem Dilemma kann ich im Augenblick keine Antwort geben. Das Problem stellt sich schon so, wie Sie es darstellen. Wir sollten versuchen, die USA zu überzeugen, die Expansionspolitik nicht auf die Spitze zu treiben. Andererseits hängt die Frage eng mit der Wirtschaftsentwicklung und der Konjunktur in Europa zusammen. Aufwertungen würden die europäischen Exporte und den Geschäftsgang in Europa unweigerlich tangieren, was für gewisse Länder sehr nachteilig sein könnte. Eine Lösung ist momentan nicht in Sicht.

Wie steht es mit den politischen Folgen einer europäischen Währungsunion? Führt sie zur politischen Union?

Es kommt darauf an, was man unter politischer Union versteht. Die Verwirklichung des Römer Vertrages stellt an sich schon einen politischen Akt dar. Beispiel: Die Landwirtschaftspolitik ist zu einem Teil den nationalen Regierungen bereits entzogen, trotz aller Schwierigkeiten, die sich für die einzelnen Länder daraus ergeben.

Dieser Sachverhalt wird sich unter einer Wirtschafts- und Währungsunion natürlich noch verdeutlichen. Die Politik der Gemeinschaft wird zwar auf die Eigenart und die besonderen Probleme der Mitgliedstaaten Rücksicht nehmen müssen, doch

wird es unumgänglich sein, von allen Sechs, morgen vielleicht von allen Zehn akzeptierte Leitlinien aufzustellen. Dies bedeutet ein sehr wirkungsvolles Ferment für ein weiteres politisches Zusammenrücken.

Das heisst aber keineswegs, dass allein die Vervollständigung der Wirtschafts- und der Währungsunion automatisch in politische europäische Strukturen ausmünde. Gewisse Gebiete, wie die Verteidigungspolitik, die Kulturpolitik usw. entziehen sich der Gemeinschaft nach wie vor. Um zur politischen Union zu gelangen, wird es folglich neuer Initiativen und neuer Beschlüsse bedürfen.

In der Schweiz wird immer wieder behauptet, ein Kleinstaat habe in einem grossen Gebilde wie der Europäischen Gemeinschaft nichts zu bestellen. Was sagen Sie als Luxemburger dazu?

Man kann sich fragen, wieso ausgerechnet ein Minister des kleinsten Mitgliedstaates beauftragt worden ist, sich der Währungsangelegenheiten der Gemeinschaft anzunehmen. Vielleicht, weil wir uns mehr als andere der Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenschlusses bewusst sind.

Bei den aufeinanderfolgenden Integrationsformen, anlässlich welcher Souveränitätsrechte in gemeinsame Verwaltung gegeben wurden, haben wir nicht nur überlebt, sondern prosperiert. Vor dem ersten Weltkrieg gehörte unser Land dem deutschen Zollverein an, seit einem halben Jahrhundert sind wir in einer Wirtschaftsunion mit Belgien, und auch die Benelux-Union ist jetzt schon weit gediehen. Trotzdem haben wir unsere Eigenart bewahrt.

Die Souveränitätsverzichtete, die man zugestehen muss, werden in ihrer Bedeutung oft übertrieben. Eigenart und Souveränitätsverzichtete lassen sich sehr wohl miteinander vereinbaren, sofern das Prinzip der Subsidiarität respektiert wird. Beim Geist, der bis heute in der Gemeinschaft herrschte, war es auch Luxemburg immer möglich, seine wesentlichen Interessen zu wahren.

Trotzdem will bzw. kann die Schweiz als neutraler Staat nicht EG-Mitglied

werden. Von Bern wird eine Art Konkubinatsangestrebte. Welches ist Ihre Meinung zu diesem Problem?

Rein wirtschaftlich betrachtet sollte es keine unüberwindlichen Schwierigkeiten geben, den schweizerischen Markt gemäss einer geeigneten Formel an den Gemeinsamen Markt anzuschliessen. Die Probleme, die sich stellen, sind vor allem politischer Natur und hängen mit der Neutralität der Schweiz zusammen.

Auf wirtschaftlicher Ebene sollte ein Abkommen möglich sein, das es dem einen wie dem anderen erlaubt, sich wirtschaftlich harmonisch weiterzuentwickeln. Dasselbe dürfte für die Finanzen gelten. Die Schweiz, als international bedeutender Faktor auf diesem Gebiet, strebt seit jeher ein Wachstum im Gleichgewicht an, ein Ziel, das sich auch die Gemeinschaft zu eigen gemacht hat.

Es dürfte gut sein, in der Schweiz immer wieder hervorzuheben, dass auch die Europäische Gemeinschaft bzw. mehrere ihrer jetzigen Mitglieder föderalistische Elemente aufweisen, die der Schweizer Tradition durchaus entsprechen und die auch bei uns Fragen der Vergleichbarkeit und des Funktionierens der Institutionen aufwerfen.

Für die nahe Zukunft scheinen mir keine unüberwindlichen wirtschaftlichen oder finanziellen Hindernisse für ein Arrangement zwischen der Schweiz und der Gemeinschaft zu bestehen.

Was die fernere Zukunft betrifft, so muss man hüben und drüben seine Hoffnung auf eine Evolution der geistigen Einstellung setzen, im Bewusstsein, dass auch eine grosse Gemeinschaft funktionsfähig ist und das Experiment wirtschaftlich wie politisch auch den kleinen Mitgliedstaaten die Existenz und den Fortschritt sichert.

Wird der Schweizer Franken, dessen Ellbogenfreiheit gegenüber gewissen europäischen Währungen jetzt schon ziemlich beschränkt ist, nicht gezwungen sein, sich der europäischen Währung anzuschliessen?

Das wird von den Bedingungen des besonderen Vertrages zwischen der

Schweiz und der Gemeinschaft abhängen.

Ich weiss nicht, ob es bereits in einer ersten Phase notwendig sein wird, die Währungsfragen zu regeln. Das Schweizer Währungssystem könnte als solches noch während einer gewissen Zeit bestehen bleiben und weiterhin normal funktionieren. Aber es dürfte sich mehr und mehr der Anziehungskraft ausgesetzt sehen, die von der imposanten Masse einer gemeinsamen europäischen Währung ausgeht.

Also wird die Gemeinschaft eine Regelung der Währungsfragen nicht zur «conditio sine qua non» für ein Abkommen mit der Schweiz machen?

Ich bin nicht befugt, für die Gemeinschaft zu sprechen. Als Experte möchte ich aber sagen, dass jede Art von Integration mehrere Phasen umfasst und dass stets eine gewisse Angewöhnung notwendig ist. Letzten Endes muss das assoziierte Land selber wissen, wo sein Vorteil ist. Und der Vorteil kann häufig in einem höheren Grad der Integration liegen.

Wie wird die Europa-Währung heissen, und welches wird ihre Parität zum Dollar oder zum Gold sein?

Man wird für sie eine neutrale Bezeichnung finden müssen. Am wahrscheinlichsten erscheint derzeit der «écu» = Taler, aber auch European currency unit. Persönlich würde ich dem Dukaten, einer alten venezianischen und, wie man sagt, nie abgewerteten Währung, den Vorzug geben.

Was die Parität angeht, so glaube ich, dass man anfänglich auf die Rechnungseinheit abstellen wird, die schon im Römer-Vertrag erwähnt wird und die gegenwärtig den gleichen Goldgehalt aufweist wie der USA-\$.

Aber es lässt sich jetzt noch nichts Präzises aussagen. Vielleicht wird man für die Europawährung ein einfacheres Zahlenverhältnis zum \$ finden, eventuell 2 : 1.

Die Amerikaner geben selber zu, dass der \$ überbewertet ist. Bietet die Schaffung einer Europawährung nicht die Gelegenheit zu einer generellen Flurbereinigung?

Das ist ein anderes Problem. Jedenfalls wird sich die Parität der europäischen Währung im Verhältnis zum Gold ausdrücken, wie dies die Satzungen des Internationalen Währungsfonds auch vorschreiben.

Wie unterscheidet sich die Europawährung von der Lateinischen Münzunion, die vor dem ersten Weltkrieg bestanden hat? Stimmt es, dass man bloss zum integralen, wirtschaftlichen und monetären Liberalismus zurückzukehren brauchte, um Europas Integrationsnöte zu beheben?

Ich habe mich schon oft mit dieser Frage beschäftigt. In einer Gemeinschaft, der so wichtige Länder wie Frankreich und Deutschland angehören, liegen die Dinge nicht so einfach, ganz abgesehen davon, dass ja auch die Wirtschafts- und Finanzwissenschaft seit 1914 nicht stillgestanden ist. Die Handhabung des wirtschaftlichen, finanziellen und monetären Instrumentariums gehört heute, wenn man so sagen kann, zum täglichen Brot der Wirtschaftsminister. Mit Währungsmanipulationen werden bestimmte wirtschaftliche Ziele verfolgt, oft in einem ausgesprochen nationalistischen Sinn.

Ich glaube nicht, dass die Integration unter den heutigen Umständen mit der Währung beginnen könnte. Was ich aber hoffe, ist, dass die europäische Währung, die zwangsläufig eine Angelegenheit der Gemeinschaft sein wird, nach objektiveren Gesichtspunkten verwaltet werden kann und weniger nationalen Einflüssen unterliegt, mithin einer gemeinschaftlichen, gemeinsam erarbeiteten Linie folgt. Wenn die Währung als konjunkturpolitisches Instrument benötigt wird, so sollten hiefür die Bedürfnisse der Gemeinschaft und nicht mehr jene eines Einzelstaates oder gewisser Wirtschaftsbranchen bestimmend sein.

Das bestehende Währungssystem erheischt eine zunehmende Internationalisierung des Geldes. Ein anderes Regime als die Konvertibilität lässt sich nicht mehr vorstellen. Niemand wäre bereit, zu den Zuständen und der Autarkie der dreissiger Jahre zurückzukehren, die m. E. eine der Ursachen des zweiten Weltkrieges waren. Das Geld, insbesondere eine

Währungspolitik

internationale Währung, begünstigt das Prinzip der Arbeitsteilung, die ebenfalls zu den wichtigsten Zielsetzungen der Europäischen Gemeinschaft gehört.

Welche Chancen geben Sie selber dem «Werner-Plan»?

Bei der Schaffung der Währungsunion handelt es sich um ein sehr bedeutendes Vorhaben. Es kann nur gelingen, wenn der politische Wille, ans Ziel zu gelangen, jederzeit erhalten bleibt. Betriebsunfälle, ja Krisen, wie sie die Gemeinschaft auch schon gekannt hat, sind nicht ausgeschlossen. Aber ich bin überzeugt, dass die Währungsunion unerlässlich ist, dass sich sogar die im Römer-Vertrag gesetzten Ziele, so wie sie jetzt festgelegt sind, nur durch die Zusammenlegung der Währungen erreichen lassen.

Daneben sind äussere Kräfte am Werk, die es ebenso wie die allgemeine Lage Europas wünschenswert machen, dass Europa sich seiner eigenen Angelegenheiten etwas mehr annimmt als in der Vergangenheit. Der Eurodevisenmarkt z. B., welcher der Kontrolle durch die Regierungen entzogen ist und gewisse Gefahrenmomente aufweist, liefert einen Beweis dafür, dass das europäische Sparkapital einen gemeinsamen Nenner sucht. Trotz seiner Nützlichkeit kann dieser Markt auf die Dauer nicht bestehen, sondern muss in ein grösseres Ganzes integriert werden. Wir wissen nun, dass der Bedarf für einen internationalen Markt vorliegt. Diesen Bedarf gilt es zu befriedigen: die Europawährung ist das Mittel dazu.

Wollen wir den europäischen Völkern den Wohlstand erhalten, so muss die Konvertibilität der Währungen gesichert werden. Dies setzt voraus, dass jedermann seine Währung verwaltet, wie es das gemeinsame Interesse verlangt. Von selbst ergibt sich dann der Schluss: Legt man die Währungen zusammen, so ist die freie Konvertibilität in weiten Zonen besser gesichert.

Wir danken Ihnen, Herr Regierungspräsident, für Ihre Darlegungen.

R. E.